

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/112

15. Juni 1976

Nur Taten bringen uns weiter

Bilanz und Perspektiven zum 17. Juni

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied
des Vorstandes der SPD

Seite 1 und 2 / 61 Zeilen

Sorge um das deutsche Ansehen

Reaktion des Auslandes zur Extremisten-Problematik
muß ernst genommen werden

Von Bruno Friedrich MdB

Mitglied des Vorstandes der SPD und außenpolitischer
Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 48 Zeilen

Bessere Bildungschancen für ausländische Kinder

Erfahrungen und Ansätze zu einer neuen Konzeption

Von Jürgen Girgensohn MdL

Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Seite 5 und 6 / 87 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Sozis hassen's - Kommunisten san's!"

Seite 7 / 34 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausellen 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 99 37 - 38
Telefax: 06 66 946 - 49 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Nur Taten bringen uns weiter

Bilanz und Perspektiven zum 17. Juni

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied des Vorstandes der SPD

Im Ringen um die Freiheit stand das seit Kriegsende von Sozialdemokraten geführte Berlin immer vorn, sei es im Kampf gegen die Zwangsvereinigung mit der KPD 1946, sei es in der Behauptung während der Blockade 1948/49 oder in der spontanen Volkserhebung am 17. Juni 1953. Tausende von Sozialdemokraten büßten dafür mit Zehntausenden von Jahren im Gefängnis, nicht wenige ließen ihr Leben.

Alle die Deutschen, die seit 1945 ihre Existenz und mehr aufs Spiel setzten, taten das nicht billiger Scheinalternativen oder leerer Phrasen wegen, sie taten es für das Recht auf Selbstbestimmung auch der deutschen Nation und für das einfache Recht, ihr eigenes Leben nach eigenem Willen zu gestalten. Die Opposition muß sich heute die Frage stellen lassen, was sie denn 1953 und in den 15 folgenden Jahren getan hat, als sie noch den Kanzler stellte und die Chance, mehr noch: die Pflicht hatte, reale Politik zum Zusammenhalt der Nation und zum Wohle der Menschen in beiden Teilen des Landes zu betreiben. Sie hat Jahre und Jahrzehnte damit verthan, nur schöne Sprüche zu prägen, während die Spaltung Deutschlands Jahr für Jahr verfestigt wurde und Mauer und Stacheldraht die Deutschen mehr und mehr trennten.

Es waren Sozialdemokraten unter Willy Brandt und Helmut Schmidt, die sofort mit der Regierungstätigkeit an die praktische Arbeit für die Deutschen in West und Ost gegangen sind. Inzwischen haben wieder 13 Millionen Besuche von West-Berlinern in Ostberlin stattgefunden, sind die Verbindungswege von und nach Berlin störungsfrei geworden, ist wenigstens das Telefonnetz der Stadt in bestimmtem Umfang wiedervereinigt worden. Es wurden 11.000 Familien in Freiheit zusammengeführt, und 40.000 DDR-Bürger konnten in dringenden Familienfällen ihre Verwandten im Westen besuchen. Das Verkehrsnetz zwischen Berlin und der freien Welt wird ausge-

baut und verbessert, die Wirtschaft sucht und findet gerade auch von Berlin aus den Anschluß an den Osthandel.

Die Bundesregierung und der Senat von Berlin handeln umsichtig, mit zäher Geduld, mit langem Atem und kühlem Kopf. Den Menschen hier und drüben helfen keine großen Worte, sondern die vielen kleinen Schritte, die bereits gegangen wurden und die noch zu gehen sind. Der Weg zu mehr Freiheit und zur Sicherung der Einheit der Nation ist lang, sein Ende überhaupt nicht abzusehen. Aber nur Taten bringen uns weiter.

Die CDU/CSU hat, als ihre Stunde in der Regierung schlug, die Zeit veraten. Sie wird sie heute auch mit ihren alten Sprüchen aus den 50er Jahren nicht mehr einholen. Sie hat sich damals als Regierungspartei in der deutschen Sache ebenso auf das bloße Fordern beschränkt wie jetzt als Opposition.

Eine allerdings steht fest: Vor wenigen Jahren noch hat die CDU/CSU nicht einmal von alledem zu träumen gewagt, was die Politik der sozialliberalen Koalition in enger Partnerschaft mit unseren Freunden im westlichen Bündnis ganz praktisch für uns in Berlin erreicht hat. Aber auch erreicht für alle in der Bundesrepublik, gerade auch für die Menschen in den Grenzgebieten hier und - auch für die Menschen drüben in der DDR. In Wahrheit gab und gibt es keine Alternative zu dieser Politik. Wir saßen heute noch vor der Mauer und vor der Demarkationslinie, und es gäbe kein Wiedersehen aller Deutschen, wie wir es zu Ostern und Pfingsten wieder und jetzt schon so selbstverständlich erlebt haben, wenn wir der sogenannten Berlin- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU gefolgt wären.

Diese "Politik" enthielt totale Forderungen, sie verlangte alles und erhielt folgerichtig nichts. Das alles hat damals die Gräben zwischen den Deutschen tiefer und tiefer gemacht, und es hat damals in Wirklichkeit niemandem geholfen, weder drüben noch hüten. Aber das ist alles nicht bloß Vergangenheit. Darum genau geht es bei der Entscheidung am 3. Oktober.

Wer nicht den Rückfall will in die christlich-demokratische Deutschlandpolitik der fünfziger Jahre, der muß aktiv mithelfen, daß eine Politik konstruktiv fortgesetzt werden kann, die sich nicht orientiert an Kategorien des Kalten Krieges, sondern die hilft, die nationale Substanz zu bewahren und die gleichzeitig dem Frieden dient und die so auch der Stadt Berlin Freiheit und Lebensfähigkeit gewährleistet. (-/15.6.1976/bgy/e)

Sorge um das deutsche Ansehen

Reaktion des Auslandes zur Extremisten-Problematik muß ernst genommen werden

Von Bruno Friedrich MdB
Mitglied des Vorstandes der SPD
und außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Wir haben uns darauf einzustellen, daß die internationale Diskussion um das Problem der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst über eine längere Zeit das internationale Gesicht der Bundesrepublik mitprägen wird. Die Gründung von Komitees in Frankreich und in den Niederlanden sind dafür nur das signifikanteste Symptom.

Die tatsächlichen Besorgnisse reichen tiefer und sind auch bei verantwortlichen Politikern anzutreffen, die der heutigen Bundesrepublik mit Sympathie gegenüberstehen. Gefährlich ist vor allem, daß in diesem Prozeß Tatsachen und Verdächtigungen, daß Vorurteile, Verfassungsauftrag, die notwendigen Überprüfungsverfahren und die abzulehnende Praxis, daß eine international angeheizte Kampagne der Kommunisten genauso wie die wahlkampfstrategische Linie der CDU/CSU sich zu einem unentwirrbaren Knäuel vermengen. Jene Politiker der CDU/CSU, die dies bewußt in Kauf nehmen, die durch die Kampfparole "Freiheit oder/statt Sozialismus" der in den CDU/CSU-Ländern geübten Praxis das ideologische Fundament verpassen, werden auch die Verantwortung übernehmen müssen, wenn im demokratischen Europa Zweifel an der Fähigkeit der Deutschen zu Demokratie und Toleranz laut werden.

Wer in internationalen Gesprächen den geduldigen Versuch unternimmt, auf das im Grundgesetz verankerte Prinzip der wehrhaften Demokratie hinzuweisen, wer die für Ausländer nur schwer eingängigen Gesetze unseres Beamtenrechts erläutert, wer auf die besondere Situation der Bundesrepublik

Deutschland im Verhältnis zur Deutschen Demokratischen Republik hinweist, wird auch bei aufmerksamen Zuhörern rasch mit der Frage konfrontiert: "Geht es wirklich nur um die Anwendung der Gesetze, oder geht die geübte Praxis nicht dem Gesetz weit voraus? Schlägt diese Praxis nicht breite Schneiden in das Recht auf Kritik an den politischen Zuständen eines Landes? Wie wirkt das auf Eure Jugend?"

Wer wie der CDU-Politiker Dr. Alfons Dregger - am 9. Juni im Deutschlanddienst der Union - erklärt: "Alle Spielarten des Sozialismus enden in Unfreiheit", der darf sich nicht wundern, daß in den westeuropäischen Ländern, in denen es echt sozialdemokratische Regierungschefs gibt, Erinnerungen an die Zeit vor 40 Jahren wach werden, als Dr. Joseph Goebbels seinen Führer als Verteidiger der europäischen Freiheit und Kultur feierte. Niemand im Ausland bestreitet der heutigen Bundesrepublik hervorragende Leistungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wenn die Fähigkeiten zu demokratischer Toleranz bezweifelt werden, dann gehen diese Zweifel nicht an die Adresse der SPD. Der Beschluß des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der EG bei der letzten Sitzung in Amsterdam zu dieser Frage lautet: "Die SPD ist der wirkliche Damm gegen die Ausbreitung schlimmer Praktiken." Er wurde auch von den holländischen Delegierten mit der Parteivorsitzenden Ina van der Heuvel mitgetragen.

Bis aus den internationalen Parteigremien heraus die internationale Öffentlichkeit voll informiert und ausreichend aufgeklärt ist, wird noch einige Zeit vergehen. Das Ansehen und die Interessen der Bundesrepublik Deutschland sind von dieser Entwicklung berührt und werden noch lange davon berührt bleiben. Niemand sollte sich leichtfertig über die eingetretene Entwicklung hinwegsetzen. Die SPD wird sich auch künftig im Ausland um die Aufklärung der Zusammenhänge bemühen. (-/15.6.1976/mie/pr)

+ + +

Bessere Bildungschancen für ausländische Kinder

Erfahrungen und Ansätze zu einer neuen Konzeption

Von Jürgen Birgensohn MdL

Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen ist in den Jahren 1970 bis 1975 um 48 vH gestiegen, die der ausländischen Kinder in unseren Schulen wesentlich stärker, nämlich um 173 vH. Aufgabe des Kultusministers ist es, dafür zu sorgen, daß auch die jungen Ausländer die Gelegenheit haben, ihre Lernmöglichkeiten voll zu entwickeln. Dies zu leisten, ist aus drei Gründen außerordentlich schwierig:

Erstens, weil wir vor einer doppelten pädagogischen Aufgabe stehen. Einerseits sollen die jungen Ausländer der Bundesrepublik gegenüber nicht Fremde bleiben, andererseits sollen sie ihrem Heimatland gegenüber nicht zu Fremden werden. Der Weg der Integration in die deutsche Gesellschaft muß ebenso offen bleiben wie der Weg der Rückkehr in das Herkunftsland.

Zweitens leben die jungen Ausländer über unser Land verstreut. Sie gehören verschiedenen Nationalitäten an und sprechen verschiedene Sprachen. Dies erschwert die Arbeit der Schule außerordentlich, denn es ist nicht möglich, in einem deutschen Dorf für z. B. zwei oder drei türkische Kinder eine eigene Klasse zu bilden.

Drittens kommen die jungen Ausländer zu unterschiedlichen Zeitpunkten ihrer Entwicklung nach Nordrhein-Westfalen und damit in unsere Schulen. Je später sie kommen, umso schwerer ist es, ihnen in unseren Schulen gerecht zu werden. Je früher sie kommen, umso geringer sind die Schwierigkeiten. Einem jungen Türken, der im Alter von 12 Jahren aus einem anatolischen Dorf in eine Ruhrgebietestadt kommt, kann die Schule nicht mehr den Hauptschulabschluß vermitteln. Vermutlich ginge das nicht einmal dann, wenn wir ihm einen Privatlehrer zur Verfügung stellen könnten. Ein junger Grieche, der schon im Kindergarten zusammen mit deutschen Kindern gespielt hat, ist in der Schule in aller Regel nicht weniger erfolgreich als deutsche Mitschüler.

Die wachsende Zahl ausländischer Kinder an unseren Schulen macht unsere Aufgabe gleichzeitig schwerer und leichter. Schwerer insofern, als eine wachsende Zahl ausländischer Kinder in einer Klasse aufgrund der geringen Sprachkenntnisse und der unterschiedlichen Lernvoraussetzungen eine Belastung für die deutschen Mitschüler und den Lehrer ist. Leichter, weil die größeren Zahlen es häufiger als bisher möglich machen, die jungen Ausländer in eigenen Lerngruppen zusammenzufassen, in denen der Lehrer sich ganz ihren Lernproblemen widmen und auf ihren Lernvoraussetzungen aufbauen kann. Hinzu kommt, daß es uns in einer Zeit zusammenschmelzenden Lehrermangels leichter möglich ist, Lehrer in ausreichender Zahl bereitzustellen. Bemüht haben wir uns darum auch schon bisher.

Die Schüler-Lehrer-Relationen in den Vorbereitungsklassen in Kurzform z.B. sind wesentlich günstiger als die Relationen der deutschen Klassen. Das Kernproblem des Unterrichts der jungen Ausländer sind fehlende deutsche Sprachkenntnisse. Ein Schüler, der nur die Hälfte dessen versteht, was der Lehrer sagt, muß auf der Strecke bleiben. Der junge Ausländer kann in einer deutschen Klasse nur bestehen, wenn er versteht, was vor sich geht. Ein wesentlicher Teil der Bildungsarbeit für ausländische Schüler in NW zielt da-

her darauf ab, die ausländischen Kinder länger als bisher in eigenen Klassen zu halten, um ein solideres Fundament vor dem Übergang in eine deutsche Klasse zu schaffen.

Dies ist nicht als Aussonderung oder als Ansatz zu einer pädagogischen Ghetto-Bildung mißzuverstehen. Ziel der Vorbereitung ist und bleibt die Integration in deutschen Klassen. In allen Vorbereitungsklassen haben die ausländischen Schüler in einem Teil der Stunden von Anfang an Kontakt mit deutschen Schülern. Der Kontakt verstärkt sich im Laufe der Zeit.

Im einzelnen finden jetzt folgende Veränderungen statt: Die Vorbereitungsklassen in Kurzform, die wir bereits seit einer Reihe von Jahren kennen, werden künftig über zwei Jahre und nicht mehr wie bisher in der Regel über ein Jahr geführt. Wir legen außerdem mehr Wert auf einen konsequenten Deutschunterricht durch deutsche Lehrer als wir das während des Lehrermangels tun konnten. Neu sind Vorbereitungsklassen in Langform. Wir haben mit ihnen bisher an einigen Stellen des Landes Erfahrungen gesammelt. Sie erlauben es uns, im Schuljahr 1976/77 überall im Lande Klassen dieser Art einzurichten, wenn die entsprechenden Voraussetzungen gegeben sind.

Vorbereitungsklassen in Langform können nur gebildet werden, wenn mindestens 25 Schüler einer Sprache für die erste und zweite Klasse vorhanden sind. Wo qualifizierte ausländische Schüler in ausreichender Zahl sind, wird es auch möglich sein, sie geschlossen einem Gymnasium zuzuführen, an dem sie das Abitur erreichen können. Erfreuliche Ergebnisse hierfür liegen bereits an zwei Gymnasien für spanische Schüler vor. (Gymnasium Bad Driburg, Aufbaugymnasium Herdecke). Die Einrichtung solcher Klassen auch für türkische Schüler wird zu Beginn des Schuljahres 1976/77 an einem Dortmunder Gymnasium (Heisenberg) erfolgen.

Als Resümee bleibt folgende Feststellung: Optimale Bildungsmöglichkeiten für ausländische Schüler lassen sich nur erreichen, wenn die Herkunftsländer mithelfen. Einmal dadurch, daß sie uns qualifizierte Lehrkräfte mit guten deutschen Sprachkenntnissen für die verschiedenen Schulformen zur Verfügung stellen. In vielen Fällen geschieht das bereits jetzt: Mehr als 1000 Lehrer aus den Herkunftsländern der Gastarbeiter unterrichten an unseren Schulen. Zum anderen können die Herkunftsländer dadurch helfen, daß sie bereit sind, mit uns gemeinsam auf dem Gebiet der Unterrichtsorganisation und -gestaltung zusammenzuarbeiten, damit es möglich wird, an deutschen Schulen auch Abschlüsse der Herkunftsländer zu vermitteln.

Wenn es richtig ist, daß junge Ausländer, die im vorgeschrittenen Hauptschulalter zu uns kommen, nicht mehr den deutschen Schulabschluß auf direktem Weg erreichen können, so sollen sie meiner Meinung nach doch die Gelegenheit haben, das Abschlußzeugnis ihres Heimatlandes an deutschen Schulen zu erhalten. Ich werde mich im persönlichen Kontakt mit den diplomatischen Vertretern der Herkunftsländer bemühen, daß sich dieses Ziel in Nordrhein-Westfalen realisieren läßt.

(-/15.6.1976/ve/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Sozia hassen's - Kommunisten san's I"

Das in Millionen-Auflage verbreitete katholische Boulevardblatt "neue Bildpost" läßt am 20. Juni auf seiner Leserbriefseite folgende Zuschriften erscheinen, die das Ergebnis der von CDU und CSU mit Hilfe der diesen Parteien zugängliche Medien seit Monaten betriebenen Agitation dokumentarisch beweisen:

Als 1956 nach dem Ungarn-Aufstand Tausende nach Westdeutschland kamen, fragt ein Journalist die blutjungen Ungarn: "Was hassen Sie im Kommunismus am meisten?" Einetimmig antworteten sie: "Die Verlogenheit" (Was wir in der jetzigen Regierung so sehr verwerfen, ist eben auch Undurchschaubarkeit, Verschwendung, Bonzokratie. Sozia hassen's und Kommunisten san's!
Franz Krauss, 8500 Nürnberg

Ich werde CDU wählen, weil die SPD/FDP-Regierung glaubt, man müßte und könnte staatlicherseits dem Bürger das Paradies schaffen, was im Grunde unaufhaltsam in einen waschechten Sozialismus mit kommunistischer Prägung führt. Günter Nieblisch, 3253 Hesse.-Oldendorf 1

Eine Partei wie SPD/FDP, die das Christentum aus dem öffentlichen Leben verdrängt und Kindesmörder straffrei ausgehen läßt, ist des Teufels, und ein Volk, das von solchen Parteien regiert wird, geht zum Teufel. Ich bin immer erschüttert, daß es Christen gibt, die solchen Parteien ihre Stimme geben. Sie sind mitverantwortlich für alles, was gegen das Christentum unternommen wird. Bruno Reiling, 7531 Ersingen

Was würde wohl Jesus zum Treiben unserer derzeitigen Regierung sagen? In der Bibel könnte man sich über das Verhältnis des Sohnes Gottes zu den Kindern unterrichten. Vielleicht könnte man dann sogar die Erklärungen der katholischen Bischöfe zur Abtreibung, zur Bildungspolitik und zur Familienpolitik verstehen.

Hans Scholz, 6453 Seligenstadt

Gerade heute, da Verwilderung um sich greift, muß es eine Partei geben, die als Wächter der persönlichen Rechte und der anderen Werte auftritt. Gedanken und Taten, die sich nicht am christlichen Sittengesetz orientieren, führen den Menschen unweigerlich in Sklaverei. Die CDU tritt für die Erhaltung der christlichen Familie ein, der wichtigsten Zelle des Staates, und ist nicht kinderfeindlich.

Aloys Binz, Konrektor i. R., 5205 St. Augustin

(-/15.6.1976/va/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Praller